Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4483
05.05.89

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 10. Mai 1989

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Frau Bulmahn (SPD)	8, 9
Catenhusen (SPD)	36, 37
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	18, 19
Frau Ganseforth (SPD)	15, 16
Gansel (SPD)	25, 26
Frau Garbe (DIE GRÜNEN)	39, 40
Grünbeck (FDP)	33
Frau Hensel (DIE GRÜNEN)	44, 45
Huonker (SPD)	1, 2
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	46, 47
Lowack (CDU/CSU)	22
Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	34, 35
Müller (Pleisweiler) (SPD)	14, 38
Pauli (SPD)	12, 13
Reimann (SPD)	31, 32
von Schmude (CDU/CSU)	23, 24
Schreiner (SPD)	27, 28
Stiegler (SPD)	3, 4
Frau Teubner (DIE GRÜNEN)	5, 41
Toetemeyer (SPD)	20, 21
Vahlberg (SPD)	10, 11
Frau Walz (FDP)	6, 7
Frau Weyel (SPD)	29, 30
Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	42, 43
Wüppesahl (fraktionslos)	17

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Warum hat der Bundeskanzler seine am 27. April 1989 vor dem Deutschen Bundestag – abweichend vom vorab verbreiteten Text – wörtlich gemachte Äußerung „Wir werden uns in der Europäischen Gemeinschaft im Gespräch mit unseren Partnern dafür einsetzen, daß eine tragfähige Regelung der Besteuerung von Kapitalerträgen möglich wird, die zwingend notwendig ist, um den gemeinsamen Binnenmarkt zu erreichen" im Plenarprotokoll 11/140 S. 10297 in die folgende Formulierung verändert „Wir werden uns in der Europäischen Gemeinschaft um eine für alle Partner tragfähige Regelung der Besteuerung von Kapitalerträgen bemühen, die den Zielen des europäischen Binnenmarktes entspricht", und hat der Bundesminister der Finanzen, Dr. Waigel, den Bundeskanzler zu dieser inhaltlich gravierenden Änderung des Protokolls veranlaßt?

2. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Hält die Bundesregierung die vom Bundeskanzler am 27. April 1989 getroffene Feststellung aufrecht, daß eine tragfähige Regelung der Besteuerung von Kapitalerträgen „zwingend notwendig ist, um den gemeinsamen Binnenmarkt zu erreichen", und wenn ja, welche Bedeutung mißt sie dann der am selben Tag im Deutschen Bundestag vom Bundesminister der Finanzen – ebenfalls abweichend von dessen vorab verteiltem Redetext – abgegebenen Erklärung zu, „Eine EG-Regelung für die Kapitalertragsbesteuerung ist keine rechtliche Vorbedingung für die Aufhebung der noch bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen"?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Banken nach dem Hypothekenzinsen-Urteil des Bundesgerichtshofs für den Verbraucher günstigere Hypothekenzinsen nur sehr schleppend neu berechnen, und sieht sie gesetzliche Möglichkeiten, einschließlich strafrechtlicher, diese „Zurückhaltung" zu Lasten der Verbraucher zu überwinden?

4. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

In welcher Weise stellt die Bundesregierung sicher, daß bei der Anwendung des Strukturhilfegesetzes durch die Länder der vom Zonenrandförderungsgesetz vorgeschriebene Vorrang des Zonenrandgebiets bei der Mittelzuteilung beachtet wird, und wird die Bundesregierung Länderanmeldungen, die die Zonenrandpriorität nicht beachten, notfalls beanstanden und zurückweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5. Abgeordnete **Frau Teubner** (DIE GRÜNEN)

Zu welchen Terminen wurden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – ihm obliegt die Dienstaufsicht über die Biologische Bundesanstalt Braunschweig (BBA) – Geschäftsprüfungen durchgeführt und/oder Berichte über die Beziehungen zwischen der BBA und dem Förderverein (Gemeinschaft und Förderer der Freunde der Biologischen Bundesanstalt e. V.), zu dem personelle, räumliche und finanzielle Verpflichtungen bestehen (Drucksache 11/2638), angefordert, und kann die Bundesregierung ausschließen und gewährleisten, daß es hier nicht zu vergleichbaren „Unregelmäßigkeiten" wie im Fall des Bundesgesundheitsamtes gekommen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

6. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, ein Rauchverbot in den Seitengängen der Züge der Nichtraucherabteile zu erreichen?

7. Abgeordnete **Frau Walz** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß im Rahmen internationaler Vereinbarungen auch europaweit ein Rauchverbot in den Seitengängen vor den Nichtraucherabteilungen ausgesprochen wird?

8. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Warum hat die Deutsche Bundesbahn (DB) dem Zweckverband Großraum Hannover die gegenüber dem Vorentwurf für den Sommerfahrplan 1989 vorgenommenen erheblichen Fahrplanänderungen erst so spät mitgeteilt, daß den betroffenen Gemeinden, Städten und Verkehrsträgern eine entsprechende Abstimmung der Busfahrpläne nicht mehr möglich war und der Verkehrsausschuß des Zweckverbandes eine Beratung der von der DB vorgelegten Änderungen ablehnen mußte?

9. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es auch im Bereich anderer Verkehrsverbunde zu entsprechenden Problemen gekommen ist, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um künftig eine rechtzeitige Vorlage geplanter Fahrplanänderungen seitens der Deutschen Bundesbahn sicherzustellen?

10. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Praxis der Deutschen Bundesbahn, Grundbesitz durch die private Gesellschaft ELSID verwerten zu lassen, und ist die Bundesregierung bereit, die Erwerbsabsichten der Landeshauptstadt München für im Stadtgebiet freiwerdendes Bundesbahngelände (als Folge der Planungen Rangierbahnhof und Container-Bahnhof) zu unterstützen?

11. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die neu gegründete Bahngrundvertriebsgesellschaft mit der Folge, daß Gewinne aus Grundstücksveräußerungen der Deutschen Bundesbahn (DB) zu Lasten der DB oder der Landeshauptstadt München bei dieser Gesellschaft anfallen?

12. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Welche Maßnahmen sollen nach Auffassung der Bundesregierung ergriffen werden, damit die immer häufiger und stärker werdenden Hochwasser des Rheins, insbesondere am Mittelrhein, tatsächlich abgeschwächt werden können, und ist die Bundesregierung bereit, hierzu entsprechende Förderungsmöglichkeiten zu gewähren?

13. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, daß für den Oberrhein Deicherhöhungen geplant sind, was am Mittelrhein aller Voraussicht nach die Hochwassergefahren verschärfen wird?

14. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Gibt es innerhalb der Bundesregierung neue Überlegungen, die alte Vorstellung einer Autobahn A 8 durch den Pfälzer Wald von Pirmasens bis Karlsruhe neu zu beleben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

15. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Ist der Bundesregierung aufgefallen, daß die Mitglieder des Sachverständigenrates für Umweltfragen ohne Ausnahme männlich sind?

16. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Wie will die Bundesregierung Frauen, die von Fehlentwicklungen in Umweltfragen ebenso betroffen sind wie Männer, angemessen an dieser Frage beteiligen?

17. Abgeordneter **Wüppesahl** (fraktionslos)

Welche Programme oder Pläne hat die Bundesregierung für den Fall, daß die Erwärmung der Luft soweit fortschreitet, daß, bedingt durch die Schmelzung der Pole, der Meeresspiegel so ansteigt, daß große Küstenregionen der Bundesrepublik Deutschland überschwemmt werden?

18. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit zu akzeptieren, daß die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf von den Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben worden ist, und welche Auswirkungen sieht sie im Falle eines Baustopps für die Betriebsgenehmigungen von deutschen Atomkraftwerken?

19. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Bei welchen deutschen Atomkraftwerken beruht der für die Betriebsgenehmigungen unabdingbare „Entsorgungsnachweis" auf dem Bau bzw. Baufortschritten der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, und bis wann sind diese Betriebsgenehmigungen (für jedes Atomkraftwerk einzeln) befristet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

20. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die südafrikanische Regierung die von Schwarzen bewohnte Gemeinde Mogopa im Distrikt Ventersdorp, Westtransvaal, erneut umsiedeln lassen will, obwohl der Oberste Gerichtshof Südafrikas bereits die erste Zwangsumsiedlung für unrechtmäßig erklärte, und wird sie wegen dieses Vorgangs bei der südafrikanischen Regierung vorstellig werden?

21. Abgeordneter **Toetemeyer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, solche unrechtmäßigen Zwangsumsiedlungen als Menschenrechtsverletzungen zu brandmarken, und werden von ihr Überlegungen angestellt, zumindest ebensolche Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, wie sie vom amerikanischen Kongreß beschlossen wurden?

22. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Unter welchen Voraussetzungen ist die Bundesregierung bereit, die von den afghanischen Widerstandskämpfern gebildete Regierung anzuerkennen?

23. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Außenminister der UdSSR im vergangenen Jahr vor seinen Mitarbeitern laut Mitteilungsblatt des Ministeriums ausgeführt hat, „Im Vestibül des Ministeriums ist eine Gedenktafel, auf ihr die Namen der Diplomaten, die in den vergangenen Jahren des Großen väterländischen Krieges gefallen sind. Die Genossen schlagen vor – und wir teilen diesen Vorschlag –, das Andenken der Diplomaten zu verewigen, die in den Jahren der Stalinschen Repression umgekommen sind.", und ist der Bundesregierung weiter bekannt, daß in der Stalin-Ära verhängte Unrechtsurteile gegen Sowjetbürger aufgehoben werden?

24. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung eingeleitet, um zu erreichen, daß auch von derartigen Unrechtsentscheidungen betroffene deutsche Staatsangehörige rehabilitiert werden?

25. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Stand der C-Waffen-Produktion in Rabta, und was hat sie seit dem 18. Februar 1989 gegenüber Libyen veranlaßt, damit mit deutscher Beteiligung eine C-Waffen-Produktion in Libyen nicht möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

26. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Lieferungen von Leo-Panzern nach Libyen, und wann hat sie gegebenenfalls staatsanwaltschaftliche Ermittlungen veranlaßt?

27. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung folgenden dem Bundeskanzler am 6. Dezember 1988 übermittelten Vorschlag: „Spätestens wenn die Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten Rau und Lafontaine und den EVU stocken bzw. bis März 1989 keine konkreten und annehmbaren Ergebnisse zeigen, muß deren Verantwortung für das Scheitern der Kohlepolitik offen gebrandmarkt und die Frage nach dem Kohlemengengerüst neu gestellt und rasch entschieden werden."?

28. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die dem Bundeskanzler am 6. Dezember 1988 mitgeteilte Auffassung, „daß eine Fortsetzung der Kohle- und Verstromungspolitik auf der bisherigen Basis nicht finanzierbar, volkswirtschaftlich unsinnig und auch für Nordrhein-Westfalen schädlich ist", und gilt dies auch für das Saarland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

29. Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, welche hohen zeitlichen, physischen und psychischen Belastungen zur Zeit beim Pflegepersonal der Krankenhäuser herrscht, weil die Plätze ausgebildeter Schwestern nicht mehr in vollem Umfang wieder besetzt werden können?
30. Abgeordnete **Frau Weyel** (SPD)	Sieht die Bundesregierung aus diesem Grund Anlaß und Möglichkeit zu Maßnahmen, die auf weitere Sicht die Garantie bieten, daß für die verantwortungsvolle Arbeit im Krankenhaus auf Dauer genügend Krankenschwestern und Pflegepersonal eingestellt werden können?
31. Abgeordneter **Reimann** (SPD)	In welchem Umfang werden in der Bundesrepublik Deutschland AZO-Farbstoffe, die von der Arbeitsstoffkommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft als krebserzeugend eingestuft worden sind, in den Verkehr gebracht, in welchen Produkten und Arbeitsverfahren werden sie angewandt?
32. Abgeordneter **Reimann** (SPD)	Wie viele Arbeitnehmer sind diesen Stoffen am Arbeitsplatz ausgesetzt, und wie viele Verbraucher kommen z. B. durch Kleidungsstücke mit diesen krebserzeugenden Stoffen in Berührung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

33. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)	In welcher Weise trägt die Bundesregierung dafür Sorge, daß Bundeswehrfahrlehrer ihre häufig betriebene Nebentätigkeit nicht während der Dienstzeit ausüben?
34. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)	Wie beurteilt die Bundesregierung Presseberichte, nach denen der Abzug aller chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland bis Ende 1990 – entgegen einer Erklärung von Bundeskanzler Kohl – nicht möglich ist, weil die technischen Voraussetzungen in den USA für die Lagerung und Vernichtung bis zu diesem Zeitpunkt und möglicherweise auch 1992 (Tokioter Erklärung) nicht erfüllt sind?
35. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)	Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung vier Offizieren der tschechoslowakischen Volksarmee – trotz offiziellen Ersuchens der Botschaft der CSSR – die Möglichkeit eines Besuchs von Bundeswehreinheiten und des Gesprächs mit Bundeswehrsoldaten versagt?

36. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der verdeckte Versuch unter Beteiligung eines Mitarbeiters aus dem Referat „Psychologische Verteidigung" des Bundesministeriums der Verteidigung, die dem slavisch-baltischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster vom Staatskomitee der UdSSR für Fernsehen und Rundfunk erteilte Erlaubnis, den sowjetischen Fernmeldesatelliten „Grorizont" für ausschließlich zivile Zwecke anzuzapfen, auf den Zweck der Durchführung eines vom Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen des Referates „Psychologische Verteidigung" erteilten Forschungsauftrages auszuweiten, gegenüber der Universität Münster und der sowjetischen Regierung zumindest instinktlos war?

37. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Können die Universität Münster und die Öffentlichkeit für die Zukunft davon ausgehen, daß das Bundesministerium der Verteidigung auf die Durchführung des am Psychologischen Institut der Universität Münster vorgesehenen Forschungsvorhabens verzichtet hat und auch in Zukunft davon absehen wird, Forschungsaufträge im Rahmen des Referates „Psychologische Verteidigung" in verdeckter Weise (mit falschen bzw. nicht erkennbaren Angaben gegenüber den Organen der Universität über den Geldgeber) an universitären Einrichtungen durchführen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

38. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)

Bis wann soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung das Weingesetz spätestens verabschiedet werden, und was tut die Bundesregierung, um dies sicherzustellen?

39. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung der Fraktion DIE GRÜNEN zu, daß der vorliegende Bericht des Bundesrechnungshofes, dessen Erhebungen sich weitgehend auf den Vorwurf der Einflußnahme der Industrie im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Bewertung von Asbest beschränken, und der u. a. zu dem Ergebnis kommt, „Einzelne Geschenke des Vereins an das Institut lassen versuchte Einflußnahme der Schenker auf die Arbeiten der Forscher vermuten", Anlaß sein muß, die Prüfungen des Bundesrechnungshofes auf die gesamten finanziellen Beziehungen und Verknüpfungen zwischen dem Institut für Wasser-, Boden-, Luft-Hygiene des Bundesgesundheitsamtes (BGA) und dem gleichnamigen Förderverein sowie auf die gesamte Drittmittelforschung des BGA auszudehnen – schon um die Glaubwürdigkeit dieser Behörde wiederherzustellen?

40. Abgeordnete **Frau Garbe** (DIE GRÜNEN)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung der GRÜNEN zu, daß insbesondere der Ablauf und die Ergebnisse der Bewertung von Holzschutzmitteln, Formaldehyd und Asbest im Trinkwasser Gegenstand weiterer Prüfungen sein müssen?

41. Abgeordnete **Frau Teubner** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung darlegen, aus welchem Grunde weder das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, dessen Dienstaufsicht das Bundesgesundheitsamt unterstellt ist, noch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem die Fachaufsicht über das Institut für Wasser-, Boden-, Luft-Hygiene obliegt, „... Geschäftsprüfungen beim Bundesgesundheitsamt durchgeführt, noch gar Berichte über die Beziehungen zwischen dem Bundesgesundheitsamt und dem Verein für Wasser-, Boden-, Luft-Hygiene e. V. angefordert" haben, wie der Bundesrechnungshof in seinem Bericht feststellt?

42. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bitte ausführlich darlegen, welche Beratenden Kommissionen des Bundesgesundheitsamtes (BGA) existieren, und in welcher Weise (ob über Gesetz bzw. Verordnung oder über Berufung durch den Präsidenten des BGA) die einzelnen Kommissionen besetzt werden?

43. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Welchem „allgemein tätigen Förderverein zur Fortbildung im Gesundheits- und Umweltschutz" (Zitat aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes an das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit) gehört das Bundesgesundheitsamt als Mitglied an, und was sind dessen Vereinsziele?

44. Abgeordnete **Frau Hensel** (DIE GRÜNEN)

Wenn der Bundesrechnungshof darauf hinweist, daß er bei seinen Prüferhebungen nur einzelne Unterlagen des Vereins für Wasser-, Boden-, Luft-Hygiene einsehen konnte – die zudem teilweise mit einem Verwertungsverbot versehen waren –, da es für die Prüfung des Fördervereins keine Rechtsgrundlage gibt, welche Möglichkeit sieht dann die Bundesregierung, im Interesse einer vollständigen Aufklärung der Verflechtungen, den Förderverein einer Prüfung zu unterziehen oder ihn gemäß dem „Kooperationsprinzip" zu einer Offenlegung seiner Unterlagen zu bewegen?

45. Abgeordnete **Frau Hensel** (DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung der Inhalt jener Aufstellungen des Vereins bekannt, die mit einem ausdrücklichen Verwertungsverbot versehen wurden, und was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für das Verwertungsverbot?

46. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Hinweis des Bundesrechnungshofes, daß Industrieunternehmen insbesondere dann Mitglied im Förderverein wurden, „wenn Forschungsarbeiten des Instituts Ergebnisse erwarten ließen, die Einfluß auf die Beurteilung der Umweltverträglichkeit ihrer Produkte haben konnten", und ist der Bundesregierung bekannt, wann z. B. Hersteller von Holzschutzmitteln Mitglied im Verein wurden?

47. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen wurden seit Juni 1988 im einzelnen und zu welchem Zeitpunkt getroffen, um die Verpflechtungen zwischen Bundesgesundheitsamt (BGA) und Förderverein transparent zu machen, sie aufzuheben und um dafür Sorge zu tragen, daß bei Drittmittelforschung keine Interessenverflechtung zwischen Auftraggebern und BGA stattfindet?

Bonn, den 5. Mai 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333